

## Zukunftsfähige Wälder für Bayern

### BN und Greenpeace fordern Neuausrichtung für den Staatswald

Im Vorfeld der Landtagswahl in Bayern fordern der BUND Naturschutz in Bayern (BN) und Greenpeace e.V. von den Parteien, sich für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Bewirtschaftung des Staatswaldes einzusetzen. Acht Jahre nach dem nur knapp gescheiterten Volksbegehren „Aus Liebe zum Wald“ wird immer deutlicher, dass die damalige Staatsregierung mit der Forstreform die Weichen für den Staatswald falsch gestellt hat. Die für das Gemeinwohl wichtigen Waldfunktionen wie Erholung, Naturschutz und Hochwasserschutz werden nicht vorrangig und vorbildlich erfüllt. Es gibt zu wenig Förster und Waldarbeiter, aber zu hohe Holzeinschläge. „Wir fordern zur Landtagswahl für den Staatswald einen Vorrang für`s Gemeinwohl“, so Hubert Weiger, Vorsitzender des BN. „Im Vergleich zu anderen Ländern wird im bayerischen Staatswald zu intensiv Holz genutzt, aber zu wenig Wald geschützt“, kritisiert Oliver Salge, Leiter der Wald- und Meereskampagne bei Greenpeace Deutschland. „Auch Bayern muss wie andere Bundesländer zehn Prozent der Staatswälder als Naturwälder dauerhaft schützen, so wie es Bundeskanzlerin Merkel erst jüngst wieder gefordert hat“, so Sebastian Schönauer, stellvertretender BN-Landesvorsitzender.

#### ***Vorrang für Gemeinwohl im Staatswald vor industrieller Holznutzung***

Viele aktuelle Beispiele zeigen: derzeit hat im Staatswald, dem Bürgerwald, im Zweifel der kurzfristige Gewinn und die verstärkte Holznutzung Vorrang. Betroffen sind davon nicht nur Erholungswälder, alte Laubwälder und Bergwälder: immer wieder kommt es auch zu massiven Bodenschäden und Holzeinschläge in der Brut- und Aufzuchtzeit sind die Regel. Waldrodungen werden toleriert, weil am Abbau von Bodenschätzen kräftig verdient wird oder Windkraftanlagen sollen im Übermaß gebaut werden. In den fortwährenden Problemen und verbreiteten Fehlentwicklungen im Staatswald sehen BN und Greenpeace einen klaren Verstoß gegen ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, denn die „Bewirtschaftung des Körperschafts- und Staatswaldes dient der Umwelt- und Erholungsfunktion des Waldes, nicht der Sicherung von Absatz und Verwertung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse.“ BN und Greenpeace fordern deshalb die Staatsregierung auf, für die Bewirtschaftung des Staatswaldes eindeutig festzulegen, dass die Erfüllung von Gemeinwohlfunktionen – also für Umweltschutz, Hochwasserschutz und Erholung - Vorrang vor der Nutzung

#### Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 10. Juni 2013

PM 052-13/LFG

**GREENPEACE**

von Holz und Bodenschätzen haben muss. In der Fläche kann dies nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn im Wald wieder deutlich mehr Förster und Waldarbeiter arbeiten. Die Reviere müssen verkleinert werden und die Förster müssen die Gesamtverantwortung für ihr Revier zurück bekommen.

## ***Einen Zehnten für die Natur***

Während andere Bundesländer deutlich mehr für den Waldschutz tun, dürfen sich in den Staatswäldern, für die die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) die Verantwortung tragen, nur 7.000 Hektar dauerhaft natürlich entwickeln. Das sind weniger als ein Prozent. Aufgebessert wird diese magere Bilanz durch die beiden bestehenden Nationalparke, so dass in Bayern von den im Eigentum des Freistaates stehenden Wäldern insgesamt 26.700 Hektar dauerhaft geschützt sind. Mit der Weigerung mehr Staatswälder zu schützen verstößt Bayern gegen völkerrechtsverbindliche Vorgaben. Bayern stellt sich damit auch gegen die Bundesregierung, die mit der Nationalen Biodiversitätsstrategie bis 2020 zehn Prozent der öffentlichen Wälder einer natürlichen Entwicklung überlassen will, was Bundeskanzlerin Merkel erst vor kurzem wieder bekräftigte. BN und Greenpeace fordern deshalb, dass im Staatswald bis 2020 weitere 50.000 Hektar dauerhaft geschützt werden müssen. Neben einem Nationalpark Steigerwald und großen Waldschutzgebieten im Spessart sind dazu weitere Schutzgebiete ohne Holznutzung notwendig.

## ***Transparente Planung und Kontrolle sowie mehr Bürgerbeteiligung***

BN und Greenpeace fordern, bei der Planung und der Kontrolle der Staatswaldbewirtschaftung die Stellung der Forstverwaltung und des Landtags deutlich zu stärken. Dadurch soll die Eigenkontrolle der BaySF beendet werden und moderate, nachhaltige Nutzungsmengen zu Gunsten von Klima und Naturschutz sichergestellt werden. Die Verbände fordern außerdem mehr Transparenz beim Zugang zu Daten, eine ausreichende Bürgerbeteiligung bei der Forstplanung sowie die Zertifizierung des Staatswaldes nach den hochwertigen Standards von Forest Stewardship Council (FSC).

Für Rückfragen:

Dr. Ralf Straußberger, BN-Waldreferent,  
Tel 0911 / 81 878-22

Oliver Salge, Leiter der Wald u. Meereskampagne, Greenpeace,  
Tel 0171 / 603 55 31

## **Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 10. Juni 2013  
PM 052-13/LFG

**GREENPEACE**